

1 Informationen zum Datenschutz für Hinweisgeber

Im Folgenden informieren wir Hinweisgebende über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten bei der Erhebung, Bearbeitung und Aufklärung von Hinweisen, die uns im Rahmen der Nutzung unseres Hinweisgebersystems übermittelt worden sind, sowie über die Rechte, die diesen aus dem Datenschutzrecht zustehen. Diese Information zum Datenschutz gilt hierbei nur für den Fall, dass die hinweisgebende Person gegenüber der von uns beauftragten Ombudsstelle oder direkt uns gegenüber freiwillig auf ihre Anonymität verzichtet.

2 Verantwortlicher für die Datenverarbeitung und dessen Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher für die Datenerhebung und -verarbeitung ist das Unternehmen der ETO GRUPPE, zu dem die hinweisgebende Person einen Hinweis abgibt. Die Kontaktdaten dieser Unternehmen sind:

ETO GRUPPE TECHNOLOGIES GmbH	Hardtring 8 78333 Stockach	info@etogruppe.com
ETO MAGNETIC GmbH	Hardtring 8 78333 Stockach	info@etogruppe.com
ETO SENSORIC GmbH	Löffelholzstraße 20 90441 Nürnberg	info@etogruppe.com
EKS Elektromagnetik GmbH	Steinbeisstraße 50 71665 Vaihingen	info@etogruppe.com
ETO DYNAMIC Digital GmbH	Gebhardstraße 7 88046 Friedrichshafen	info@etogruppe.com

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter den oben genannten Kontaktdaten oder per E-Mail unter datenschutz@etogruppe.com.

Der Datenschutzbeauftragte ist ausschließlich für datenschutzrechtliche Fragestellungen zuständig. Er kann keinerlei Auskunft zu Inhalt oder Ablauf von Verfahren abgeben, die bei der Ombudsstelle oder der verantwortlichen Stelle geführt werden.

3 Datenverarbeitungsinformationen

Betroffenenkategorien: Hinweisgebende Personen

Zweck der Verarbeitung: Unser Hinweisgebersystem dient dazu, Hinweise von mutmaßlichen Gesetzes- oder internen Regelverletzungen auf einem sicheren und vertraulichen sowie optional anonymen Weg entgegenzunehmen und zu bearbeiten. Wir verarbeiten personenbezogene Daten hinweisgebender Personen ausschließlich zu dem Zweck, der Hinweisbearbeitung und um gesetzlichen Nachweis- und Dokumentationspflichten nachzukommen. Vorsätzlich falsche Angaben können einen Straftatbestand nach Strafgesetzbuch erfüllen, sodass wir personenbezogenen Daten auch zu unserer Rechtsverteidigung sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen verarbeiten.

Datenkategorien: Es werden nur solche personenbezogenen Daten verarbeitet, welche die hinweisgebende Person uns freiwillig und unter Verzicht auf ihre Anonymität über die von uns beauftragte, anwaltliche Ombudsstelle zukommen lässt. Im Einzelnen sind das Vorname und Familienname der hinweisgebenden Person, sofern diese ihre Identität offengelegt hat, die von der hinweisgebenden Person zur Verfügung gestellten Kontaktdaten, die Tatsache, dass diese eine Meldung über unser Hinweisgebersystem getätigt hat, den hierfür genutzten Kanal haben sowie Datum und Uhrzeit der Abgabe des Hinweises und alle sonstigen personenbezogenen Daten der hinweisgebenden Person und der Personen, die in dem Hinweis genannt sind., die sich aus dem Inhalt des Hinweises ergeben oder aus diesem abgeleitet werden können.

Rechtsgrundlage: Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen des Hinweisgebersystems ist unser berechtigtes Interesse an der Aufdeckung und Prävention von Missständen und Regelverletzungen, die damit verbundene Abwendung und zukünftigen Vermeidung von Schäden und Haftungsrisiken sowie die Rechtsdurchsetzung, Rechtsverteidigung oder Geltendmachung von Rechten gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO sowie § 26 Abs. 1 BDSG, wenn und soweit ein eingegangener Hinweis Beschäftigte der verantwortlichen Stelle betrifft und die Verarbeitung der Verhinderung von Straftaten oder sonstigen Rechtsverstößen, die im Zusammenhang mit dem Beschäftigtenverhältnis stehen, dient.

Erfolgt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen des Hinweisgebersystems zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen, insbesondere aus der Richtlinie (EU) 2019/1937 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (sogenannte „Whistleblower-Richtlinie“) und dem Hinweisgeberschutzgesetz, ist Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO Rechtsgrundlage der Verarbeitung.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der freiwillig über einen beliebigen Kanal unseres Hinweisgebersystems zur Verfügung gestellten Identifikationsdaten von Hinweisgebenden ist die Einwilligung der hinweisgebenden Person gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO sowie gem. Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO, wenn und soweit auch besondere Kategorien personenbezogener Daten i.S.d. Art. 9 Abs. 1 DSGVO umfasst sind. Die Abgabe der Einwilligung erfolgt in diesen Fällen durch die Angabe der Identifikationsdaten, da Hinweis ohne Einwilligung auch anonym abgegeben werden können.

Empfängerkategorien:

Zu den oben genannten Zwecken werden personenbezogene Daten Hinweisgebender innerhalb der verantwortlichen Stelle und erforderlichenfalls innerhalb unserer Konzerngruppe ausschließlich zweckgebunden an Personen weitergegeben, die diese zur Bearbeitung des Hinweises und zur weitergehenden, fallbezogenen Sachverhaltsaufklärung benötigen. Ebenfalls können wir personenbezogene Daten Hinweisgebender in diesen Fällen falls erforderlich an Rechtsanwaltskanzleien, Berater, Gerichte oder öffentliche Stellen weitergeben, die uns bei der Bearbeitung des Hinweises unterstützen oder beraten.

Drittlandübermittlung:

Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten an Empfänger in Ländern außerhalb der EU bzw. des EWR ist nicht geplant.

Datenquellen:

Für die Verarbeitung nutzen wir ausschließlich personenbezogene Daten, die uns im Rahmen des Hinweisgebersystems von der hinweisgebenden Person überlassen wurden.

Pflicht zur Bereitstellung

Hinweisgebende Personen können Meldungen über die von uns beauftragte Ombudsstelle ohne Angabe ihrer personenbezogenen Daten eingeben. Ohne die Angabe personenbezogener Daten und gegebenenfalls ohne die Angabe weiterer Daten während der Aufklärung des Hinweises kann die Bearbeitung und Aufklärung des Hinweises oder auch die

Kommunikation mit der hinweisgebenden Person jedoch erschwert und gegebenenfalls unmöglich sein.

Kriterien der Löschung: Wir löschen die personenbezogenen Daten hinweisgebender Personen zwei Monate nach Abschluss des Vorgangs, es sei denn, die Unterlagen und Daten werden im Rahmen eines (Straf-)Verfahrens weiterhin benötigt, unterliegen einer längeren gesetzlichen Aufbewahrungsfrist oder wir haben ein nachweisliches berechtigtes Interesse an einer längeren Speicherung der Daten. In diesen Fällen werden die Daten unmittelbar nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen oder nach Wegfall unseres berechtigten Interesses und gegebenenfalls sich daran anschließender Aufbewahrungsfristen gelöscht oder vernichtet.

4 Widerruf von gegebenen Einwilligungen

Werden Daten auf Grundlage zur Wahrung berechtigter Interessen der verantwortlichen Stelle gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO verarbeitet, steht der betroffenen Person gem. Art. 21 DSGVO das Recht zu, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, welche die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

5 Betroffenenrechte

Jede betroffene Person hat uns gegenüber unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und im jeweiligen gesetzlichen Umfang das Rechts auf Auskunft über die sie betreffenden personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO) sowie auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO) oder auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit (20 DSGVO) und darauf, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung einschließlich Profiling beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden (Art. 22 DSGVO). Weiterhin hat jede betroffene Person das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO). Das Beschwerderecht kann insbesondere bei der Aufsichtsbehörde des Orts des mutmaßlichen Verstoßes oder Ihres Aufenthaltsortes geltend gemacht werden.